



„Stop Tihange!": Gleich mehrfach schallte der Ruf am Samstagnachmittag über die weite Fläche des Maastrichter Marktes.

Foto: Andreas Steindl

Mit der Kraft der Masse gegen das Kernkraftwerk

Grenzüberschreitende Bewegung: In Maastricht demonstrieren mehr als 1000 Menschen aus der Euregio gegen den belgischen Meiler in Tihange

VON CHRISTIAN REIN

Maastricht. Wenn eine große Menge Menschen aus voller Kehle wie mit einer Stimme spricht, dann kann das eine Gänsehaut auslösen. Wer einmal in einem Fußballstadion war, der weiß, wovon die Rede ist. Als am Samstagnachmittag der Ruf „Stop Tihange!“ mehrfach über die weite Fläche des Maastrichter Marktes schallte, da waren auch etliche der Demonstranten sichtlich beeindruckt von ihrer eigenen Kraft, der Kraft der Masse.

Mehr als 1000 Menschen aus dem niederländischen, belgischen und deutschen Teil der Euregio waren in das Herz Südlimburgs gekommen, um gegen Kernenergie im Allgemeinen und das belgische Kernkraftwerk Tihange nahe Lüttich im Besonderen zu protestieren. Aufgerufen dazu hatten die Limburger Grünen (GroenLinks), die bei der Schlusskundgebung auch eine Petition an politische Vertreter überreichten.

Bereits mittags trafen sich zahlreiche Demonstranten auf dem Platz Plein 1992. Die Stadt Maastricht hatte den Startpunkt für die Demonstration extra vom Bahnhof dorthin verlegen lassen, weil sie entgegen ersten Annahmen doch eine größere Teilnehmerzahl erwartete. Niederländisch, Französisch, Deutsch, zur Not auch Englisch – es ging bunt durcheinander. „Tihange dicht, Limburg veilig“ (Tihange geschlossen, Limburg sicher), hieß es auf einem Transparent. „Orte für Akw gibt's nirgendwo, auch nicht in der Euregio“, stand auf einem Plakat. In allen Sprachen identisch und allgegenwärtig aber war die Forderung „Stop Tihange!“

So wurde der Plein 1992, der an die Unterzeichnung der Maastrichter Europa-Verträge erinnert, tatsächlich zu einem Ort der internationalen Verbrüderung, denn eine derart grenzüberschreitende Protestveranstaltung in einem der

euregionalen Zentren hatte es bis dato so noch nicht gegeben.

Motiviert haben dürfte viele Demonstranten die in wenigen Tagen erwartete Entscheidung der belgischen Regierung darüber, ob Block 2 in Tihange und Block 3 im Schwesterkraftwerk in Doel bei Antwerpen wieder ans Netz dürfen. Beide Blöcke sind derzeit nicht in Betrieb, nachdem jeweils Tausende kleine Risse in den Druckbehältern entdeckt worden waren. Der Betreiber Electrabel hält die Meiler nach einer Überprüfung allerdings wieder für startklar. Es wird erwartet, dass die belgische Atomaufsicht FANC (Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle) dem Bericht Vertrauen schenkt und das Anfahren der Reaktoren empfohlen wird.

„Solange wir nicht zweifelsfrei wissen, wann und wodurch die Defekte im Stahl entstanden sind, müssen die Reaktoren abgeschaltet bleiben.“

REBECCA HARMS, VORSITZENDE DER GRÜNEN IM EUROPAPARLAMENT

Zweifel daran schürt hingegen eine von den Grünen im Europäischen Parlament in Auftrag gegebene Studie der unabhängigen Materialexpertin Ilse Tweer, deren Ergebnisse ebenfalls am Wochenende bekannt wurden.

Tweer hat die verfügbaren Informationen zu den Rissen gesichtet und wirft im Ergebnis vor allem kritische Fragen auf. Dabei geht es etwa um die von Electrabel verwendeten Proben für die Überprüfung der Druckbehälter sowie um die Vorgehensweise bei den Tests, die Electrabel nicht offenlegt. Außerdem ist die Dokumentation des Stahllieferanten und des Herstellers lückenhaft. Schließlich muss sich die belgische Atomaufsicht vorhalten lassen, dass sie trotz deutlicher Hinweise den Mängeln nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt nachgegangen ist.



Internationaler Protest: Mehr als 1000 Demonstranten aus allen Teilen der Euregio zogen am Samstag durch die Innenstadt von Maastricht, um gegen das Atomkraftwerk im belgischen Tihange zu demonstrieren. Sie überreichten auch eine Petition an politische Vertreter, unter anderem an Maastrichts Bürgermeister Onno Hoes (unten rechts). Die Eingabe haben im Internet 10 645 Menschen unterstützt.

Fotos: Andreas Steindl

„Es wäre unverantwortlich, die Reaktoren wieder anzufahren, bevor die von Frau Tweer aufgeworfenen Fragen beantwortet sind“, teilt Rebecca Harms, die Vorsitzende der Grünen im Europaparlament, zu den Ergebnissen der Studie mit: „Solange wir nicht zweifelsfrei wissen, wann und wodurch die Defekte im Stahl entstanden sind und

ob diese sich im Betrieb unter Umständen vergrößern, müssen die Reaktoren abgeschaltet bleiben. Ein plötzliches Bersten des Druckbehälters könnte sonst in der dicht besiedelten Region um die Reaktoren katastrophale Folgen haben.“

Die Demonstranten zogen derweil durch den Maastrichter Ortsteil Wyck und dann über die Sint

Servaasbrug hinüber auf die andere Seite der Maas, direkt vor das historische Rathaus, in dem Bürgermeister Onno Hoes arbeitet.

Für den VVD-Politiker war die Protestveranstaltung durchaus eine Herausforderung. Hoes ist nicht als großer Kritiker von Tihange bekannt, obwohl das Kraftwerk von Maastricht aus keine 50

Kilometer Luftlinie die Maas hinauf entfernt liegt. Doch die Forderungen der Demonstranten betreffen auch ihn: Als Vorsitzender der Sicherheitsregion Südlimburg, einer Vereinigung der Vorsteher der Kommunen und der Sicherheitskräfte in der Region, ist er für den Katastrophenschutz zuständig. Deshalb soll er sich um eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit und vor allen Dingen einen Katastrophenschutzplan für das Szenario eines Unfalls in Tihange einsetzen.

Hoes bekam also, wie auch Bert Kersten, Abgeordneter im Limburger Provinzparlament, und Manon Fokke, Parlamentsabgeordneter in Den Haag (beide PvdA), eine Petition überreicht, die 10 645 Menschen im Internet unterstützt haben. Im Gespräch mit den „Nachrichten“ kündigte Hoes anschließend an, dass es noch in diesem Jahr eine grenzüberschreitende Katastrophenschutzübung in der Euregio geben soll. Einen genauen Termin oder Details nannte er allerdings nicht. Es werde wohl Sommer oder Herbst werden, bis die Übung stattfindet.

Alternativen aufzeigen

Damit dürfte zumindest ein Teilziel der Demonstranten erreicht sein. Die waren ohnehin mit ihrem Protest zufrieden. Gert-Jan Krabbendam, Mit-Organisator (GroenLinks), sprach von einem deutlichen Signal an die Verantwortlichen, endlich aktiv zu werden. Jörg Schellenberg vom Aachener Anti-Akw-Bündnis, der auch auf dem Podium redete, wertete die Veranstaltung als Beginn einer grenzüberschreitenden Bewegung. Der Dürener Bundestagsabgeordnete Oliver Krischer (Grüne) nahm den Protest aber auch als Auftrag, in Belgien Alternativen zur Kernenergie aufzuzeigen: „Die Menschen in Belgien leben schon so lange mit der Atomkraft, dass sie gar keine Idee davon haben, wie es anders gehen könnte.“

📄 Bildergalerie im Internet: www.an-online.de

Ramsauer erwägt Schadenersatzforderungen gegen Verantwortliche

Eröffnung nicht abzusehen: Der Bundesverkehrsminister lässt prüfen, wer Schuld am nicht enden wollenden Desaster um den neuen Hauptstadtflughafen ist

Berlin/Potsdam. Externe Anwälte und Wirtschaftsprüfer sollen ermitteln, wer für das Desaster um den neuen Berliner Hauptstadtflughafen verantwortlich ist. „Sämtliche Haftungsfragen und Verantwortlichkeiten werden geklärt. Das gilt auch für das Flughafenmanagement und den Aufsichtsrat“, kündigte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) in der „Bild am Sonntag“ an. Schadenersatzforderungen geltend zu machen, schließt er nicht aus. Auf einen neuen Eröffnungstermin wollte er sich nicht festlegen. Zunächst einmal müsse es in der Planung zahlreiche Änderungen geben.

Für den Rücktritt von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) vom Aufsichtsrats-

vorsitz der Flughafengesellschaft habe er Respekt, sagte Ramsauer. Die Kritik aus der Union an der Berufung von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) zum Nachfolger an der Spitze des Aufsichtsrats teile er nicht. Platzeck war bisher Wowereits Stellvertreter in dem Gremium.

Laut einem „Focus“-Bericht soll er indes das Kontrollgremium nur vorübergehend führen und später durch einen erfahrenen Experten ersetzt werden. Die Potsdamer Staatskanzlei wies die Darstellung umgehend zurück. Platzecks Wahl steht am Mittwoch an.

Laut „Focus“ nehmen die Anteilseigner die Flughafengesellschaft finanziell enger an die Kandare, obwohl sie von Liquiditäts-

engpässen bedroht ist. Anstatt der avisierten Finanzhilfen von 325 Millionen Euro hätten sie am vergangenen Freitag nur 191,6 Millionen Euro überwiesen. Der wegen der verschobenen Eröffnung w-

Wowereit übersteht Misstrauensantrag

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) bleibt trotz des Desasters am geplanten Großflughafen im Amt. Der von der Opposition gestellte Misstrauensantrag scheiterte am Samstag im Abgeordnetenhaus an der Mehrheit der rot-schwarzen Koalition. „Ich hatte keinen Zweifel, dass ich das Vertrauen der Mehrheit des Abgeordnetenhauses habe“, sagte Wowereit. „Alles andere wäre auch fatal gewesen.“

tige Parallelbetrieb des alten Flughafens Berlin-Tegel könnte bis zum nächstmöglichen Inbetriebnahmetag des neuen Hauptstadtflughafens weitere 120 Millionen Euro verschlingen.

In der Sondersitzung stimmten 62 Abgeordnete für Wowereits Abwahl, aber 85 dagegen, darunter neben der geschlossenen rot-schwarzen Koalition auch der fraktionslose Abgeordnete Dirk Stettner (ehemals CDU). Für einen Sturz Wowereits wäre die Mehrheit der gewählten Abgeordneten nötig gewesen, also 75 Stimmen. Dann hätte es innerhalb von 21 Tagen eine Neuwahl geben müssen. (dpa)

Die Lufthansa verlangt inzwischen eine grundlegende Erneuerung von Tegel. Es müsse die Gepäckanlage überholt, die Technik-Einsatztruppe für Störfälle ausgeweitet und die Computer für das Boarding erneuert werden, sagte ihr Vorstandsbevollmächtigter für Berlin, Thomas Kropp, der „Berliner Zeitung“ (Samstag). Die Investitionen sollten ein Schwerpunkt der Aufsichtsratssitzung am kommenden Mittwoch sein.

Als neuer Termin käme dem „Focus“ zufolge der Beginn des Sommerflugplans im Mai 2014 in Frage. Berlins Regierungschef Wowereit bemerkte zu der Diskussion am Samstag: „Das kann man nicht sagen, wir werden uns auch auf keinen Termin festlegen.“ Er zeigte sich aber sicher, dass der Airport in

Schönefeld noch in seiner Amtszeit eröffnet wird; 2016 ist Abgeordnetenhauswahl.

„Regelrecht zerschossen“

Der frühere Architekt des Hauptstadtflughafens BER, Meinhard von Gerkan, macht die Flughafengesellschaft für die mehrfach verschobene Eröffnung verantwortlich. Deren Arbeit habe sich als „großangelegte Täuschung herausgestellt“, zitiert das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ aus einem Schriftsatz von Gerkans Anwälten. Die Manager hätten mit ständigen Umbauwünschen den Bauablauf „regelrecht zerschossen“. Bis Mai vergangenen Jahres habe es insgesamt 286 Planänderungsanträge gegeben. (dpa)